

Krafter Zeitung.

1866.

Nr. 263.

Samstag den 17. November

Die „Krafter Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafter 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. X. Jahrgang.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die vierstellige Zeitzeile 5 Kr., im Angebotsblatt für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Kr. — Inserat-Verordnungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Redaction, Administration und Expedition: Grob-Casse Nr. 107. Annoncen übernehmen die Herren: Haafenstein & Bogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien.

Krafter, 17. November.

Die „Gerichtshalle“ veröffentlicht den Wortlaut einer vom Justizministerium ausgearbeiteten Denkschrift, welche die Principien der projectirten neuen Gerichtsorganisation entwickelt. In der Einleitung der Denkschrift heißt es:

Eine zweckmäßige Gerichtsorganisation ist allerdings in erster Linie durch die im Staate geltenden Gesetze bedingt.

Die gegenwärtigen Verhältnisse machen mit Ausnahme des bürgerlichen Gesetzbuches die Umgestaltung fast unserer ganzen Legislation notwendig; das materielle Strafrecht, die Strafprocedur, die Civilprocedur und die Concursordnung und das Gesetz über Geschäfte außer Streitigkeiten müssen neu geschaffen werden.

Das ist die Arbeit weniger Monate. Einige dieser Gesetze sind bereits ausgearbeitet, bei anderen die Grundprincipien, die allgemeinen Umriffe bereits festgestellt, und die Detail-Modification auf die Wirksamkeit der Gesetze nach den Grundprincipien und allgemeinen Umrissen bereits jetzt möglich, wenigstens annäherungsweise auch die notwendigen Fundamente für die Gerichtsorganisation zu überblicken.

Bei einer entsprechenden Gerichtsorganisation müssen zwei leitende Momente als maßgebend betrachtet werden:

1. Jedem Staatsangehörigen soll die Möglichkeit geboten werden, durch Anrufung richterlicher Organe seine gerechten von einem Dritten bestrittenen Ansprüche geltend zu machen, und sich gegen ungerechte, wider ihn erhobene Anforderungen zu schützen, und zwar Beides in einer Art, welche mit der möglichst geringen Anwendung von Zeit und Kosten und mit der größtmöglichen Bürgschaft für die Gerechtigkeit des richterlichen Ausspruches verbunden ist.

2. Die Aufstellung der hierzu nöthigen richterlichen Organe soll dem Staate keinen größeren Aufwand verursachen, als zur Erreichung des Zweckes eben unabweichlich notwendig ist.

Die größtmögliche Bürgschaft für die Gerechtigkeit des richterlichen Ausspruches bilden allerdings Collegialgerichte und ein vervielfältigter Instanzenzug; würde man aber deshalb alle Streitigkeiten ohne Unterschied des Objectes den Collegialgerichten zuweisen, so würde man dieselben, entweder um sie dem Rechtsuchenden näher zu rücken, in entwerfer Anzahl aufstellen müssen, und dann den Staatsaufwand für sie auf eine enorme Höhe bringen, oder man würde, um dies zu vermeiden, ihre Zahl sehr beschränken und dann dem Rechtsuchenden durch weites Zureisen oder notwendige Aufstellung von Vertretern sehr vertheuern. Es erübrigt daher nichts Anderes, als nach Verschiedenheit des Streitobjectes bloß die wichtigeren Streitigkeiten den Collegialgerichten, die minder wichtigen den Einzelrichtern zuzuwenden.

Denselben Unterschied rechtfertigt auch die Strafrechtspflege; es wäre gefährlich auch mit der Untersuchung und Entscheidung über schwere Verbrechen die Einzelrichter zu betrauen; es wäre eine Verschwendung an Zeit und Kosten, selbst Uebertretungen an die Collegialgerichte zu verweisen. Allein selbst die unbedingte Belassung aller Geschäfte bei den Einzelrichtern, welche nach der Organisation vom Jahre 1850 zu ihrer Competenz gehörten, würde entweder eine große Zahl oder einen starken Personalstand derselben notwendig machen. Beides erhöht den Staatsaufwand und es ist daher ein unabwiesliches Bedürfnis, auf Mittel bedacht zu sein, um dies zu vermeiden.

Ein solches Mittel würde die Aufstellung von Friedensrichtern bieten.

Die Denkschrift behandelt dann die Verlassenschafts-Abhandlungen und die Waisensachen und spricht sich gegen die Uebertragung der ersteren an die Notare wegen der Kostspieligkeit für die Parteien aus und beantragt die Waisensachen den Gemeinden zu überlassen. Die Denkschrift gelangt zu folgendem Schlusse:

Bei der künftigen Gerichtsorganisation würde:

1. Die Aufstellung von einem Oberlandesgerichte,
2. von Collegialgerichten, deren einige gleichzeitig als Appell-Senate zu fungiren hätten;
3. von Einzelrichtern,
4. von Friedensrichtern, und
5. die Uebertragung der Waisen-Sachen an die Bezirke, beziehungsweise die Gemeindevertretungen beantragt werden.

Ob die gegenwärtige Zahl der Oberlandesgerichte beibehalten oder geändert werden kann, wird mit Rücksicht auf die Geschäftsausweise bestimmt werden.

Collegialgerichte sollen im Ganzen in den Städten bestellt werden, wo sich gegenwärtig die Landes- beziehungsweise die Kreisgerichte befinden, außer daß die Verhältnisse oder die bisherigen Erfahrungen hier und da die Aufstellung eines neuen oder die Aufhebung eines bestehenden Gerichtshofes wünschenswerth und rätlich erscheinen ließen.

Sowohl im Interesse des Dienstes als auch in jenem

der Bevölkerung ist es gelegen, daß die Grenzen des politischen Amtes mit jenen des Bezirksgerichtes zusammenfallen, und daß in dem Orte, wo das politische Amt seinen Sitz hat, jedesmal auch ein Bezirksgericht bestünde. Ob außer diesem letzteren innerhalb des Sprengels des Bezirksamtes auch noch ein zweites Bezirksgericht bestellt werden muß, hängt von der Ausdehnung des politischen Sprengels, der Situation des Amtes, von der Leichtigkeit der Communication, von der Beschäftigungsart des größeren Theiles der Bevölkerung und dem Umstande ab, ob nicht in dem Sprengel, außer dem politischen Amte, noch andere bedeutende Industrialorte vorhanden sind, für welche die Anwesenheit des Gerichtes im Orte ein dringendes Bedürfnis ist. Es läßt sich übrigens nicht verkennen, daß die rückständige Verteilung der seit dem Jahre 1850 bis jetzt bestehenden Gerichtsbezirke in neue politische Sprengel bei der Durchführung der Organisation große Schwierigkeiten bereiten wird. Sollen künftighin die Grenzen des einen oder der mehreren Gerichtsbezirke mit jenem des sie umfassenden politischen Sprengels zusammenfallen, so müßten die Registratur-Akten, Deposita, die Waisencassa und die Grundbücher des bis jetzt einheitlich gewesenen, künftighin aber zertheilten Bezirksgerichtes ebenfalls vertheilt und an die neugebildeten Bezirksgerichte abgegeben werden, was unbestritten gerade zu Anfang der Wirksamkeit der Gerichte nach neuen Gesetzen und zum Theile mit neuen Organen weitwendige und mühsame Arbeit im Gefolge hätte.

Sollen die Friedensrichter den gewünschten Vortheil gewähren und nicht von der Bevölkerung als eine Last angesehen werden, so müssen sie so vertheilt sein, daß die Vererbung an dieselben für die Parteien ohne große, durch weite Entfernungen verursachte Mühe stattfinden kann.

An dem Orte des Bezirksgerichtes müßte jedenfalls auch ein Friedensrichter seinen Sitz haben, in welchen Städten oder an welchen Orten sie sonst noch bestellt werden sollten, würde von den Anträgen der mit den Local-Verhältnissen vollkommen vertrauten Corporationen und von dem Vorhandensein der dazu befähigten Persönlichkeiten umso mehr abhängen, als ihr Amt jedenfalls nur ein unentgeltliches Ehrenamt wäre.

Dieselben Anträge, wie bezüglich der Friedensrichter müßten auch über die Frage abverlangt werden, in welchen Städten neben den Bezirksvertretungen eigene Waisencommissionen bestellt werden sollen.

Ein Wiener Correspondent der amtlichen „Prager Zeitung“ spricht sich bezüglich der Vorlage einer reformirten Wahlordnung, welche vor den böhmischen Landtag schon in der nächsten Session gebracht werden soll, in folgender Weise aus: „Wie ich aus guter Quelle vernehme, werden die statistischen Vorarbeiten, welche die Regierung über Anregung des vom böhmischen Landtage in seiner letzten Session gefaßten Beschlusses, die Aenderung der Landtagswahlordnung betreffend, vornehmen läßt, mit dem größten Eifer betrieben. Die Sammlung des zur objectiven Beurtheilung der Frage notwendigen Materials nimmt unterdessen nicht den gewünschten Fortgang, da seit der letzten allgemeinen Conscriptio, welche im Jahre 1857 stattfand, wesentliche Veränderungen in den Hauptfactoren einer Wahlordnung, der Steuerleistung und Bevölkerungszahl, bei einzelnen Bezirken eingetreten sind und die dadurch gebildeten Verhältnisse eine eingehende Würdigung erheischen. Besonders gilt dies bezüglich der Industriellen Bezirke, welche eine stetige Steigerung der Steuerleistung erkennen lassen und hiedurch eine erhöhte Aufmerksamkeit einerseits auf sich selbst, andererseits auf die Repräsentation des Handels und der Industrie am Landtage überhaupt hinlenken. Es läßt sich allerdings nicht leugnen, daß die industriellen Interessen, wenn wir von einer Interessenvvertretung im engeren Sinne sprechen wollen, theils durch die in den Industriebezirken vorkommenden directen Landtagswahlen, theils durch die von den Handelskammern ausgehende Beschickung des Landtages, mithin durch indirecte Wahl, eine vollkommen genügende Vertretung im Landtage — wir sprechen speciell vom böhmischen Landtage — finden müssen und werden. Dennoch aber scheint es uns, als ob durch das den Handelskammern eingeräumte Recht, ihre eigenen Repräsentanten in den Landtag zu senden, und so gleichsam eine Vertretung der Handelsinteressen par excellence zu bilden, weniger das speciell zu vertretende Interesse, als vielmehr die politische Anschauung dieser oder jener Majorität der wählenden Kammermitglieder zum Ausdruck gebracht würde. Dem gegenüber kann man den Wunsch nicht unterdrücken, hier durch eine Aenderung der Form eine Reintegration des Wesens herbeigeführt zu sehen. Viele ließe sich wohl am leichtesten erzielen, wenn das Princip der directen Wahl auch auf die Repräsentation der Handelsinteressen, wie auf die der anderen Anwendung finden würde. Man brauchte nur die Wahl der auf die Handelskammer nach der Wahlordnung entfallenden Reprä-

sentanten der Sphäre der Kammer selbst zu entrücken und an denselben sämtliche zur Wahl der Handelskammermitglieder berechtigten Steuerzahler theilnehmen zu lassen — und das Resultat würde sicherlich ebenso den Interessen des Handels als der Industrie und der Gewerbe entsprechen, vielleicht manchmal mehr entsprechen, als dies schon wiederholt hervorgetretenen Symptomen nach zu schließen der Fall ist.“ Nach der „Debatte“ ist die Auseinandersetzung in ihrem Wesen richtig, nur sei die Angelegenheit bereits weiter gediehen, als der Correspondent des Prager Blattes anzunehmen scheint und dürfte, was er bezüglich der Aenderung in dem Modus der Vertretung der Handelsinteressen als einen Wunsch hinstellt, vielleicht eher schon als ein Beschluß des Staatsministeriums angenommen werden.

In der letzten Sitzung des böhmischen Landtages stellte sich bekanntlich eine Meinungsdivergenz zwischen der Landtagsmajorität und der Regierung aus Anlaß des Mandatsverlustes des Abg. Dr. Ed. Grégr heraus. Letzterer war als Redacteur wegen des Vergehens der Aufwiegelung verurtheilt worden und hatte in Folge dessen nach §. 18 der Landtagswahlordnung seine Wahlbefähigung eingebüßt. Die Statthalterei schrieb in dem betreffenden Bezirke die Neuwahl aus, die auch vorgenommen wurde. Darin nun, daß diese Wahlauschreibung erfolgt war, noch bevor der Landtag den Mandatsverlust des Dr. Grégr ausgesprochen hatte, erblickte der Landtag eine Verletzung seiner Rechte und faßte dem entsprechend seinen Beschluß. Einen praktischen Werth für den vorliegenden Fall hätte derselbe nicht, indem der Landtag aus Opportunitätsgründen es für diesmal bei der Ausschreibung der Neuwahl beließ; es war ihm eben nur darum zu thun, principiell sein Recht zu wahren. Der Regierungsvertreter bestritt dieses Recht und machte geltend, daß weder in der Landesordnung noch in den Zusatzartikeln ausgesprochen sei, daß über den Mandatsverlust erst der Landtag zu entscheiden habe, bevor die Neuwahl ausgeschrieben werden dürfte. — Wie man der „Boh.“ mittheilt, ist das Ministerium die letzten Ansicht beigetreten und wird der fragliche Beschluß des böhmischen Landtages über Antrag des Grafen Belcredi als für die Regierung nicht maßgebend, weil die Competenz überschreitend, bezeichnet und in dieser Weise erledigt werden.

Allmählig, schreibt man der „Boh.“ aus Wien, transparen Angaben über die Aeußerungen, in denen sich Hr. v. Beust bei den verschiedenen Anlässen, welche die letzten Tage darboten, über seine Auffassung der Situation erging. Uebereinstimmend wird berichtet, der neue Minister sei weit entfernt, sich über den kritischen Ernst der Lage irgendwelchen Illusionen hingeben. So erblickt er denn auch den Schwerpunkt der Aufgabe eines österreichischen Ministers in der Lösung der inneren Conflicte. Hierzu nach Kräften im Sinne eines billigen Ausgleichs mitzuwirken, sei sein fester Vorsatz. Die Rolle des Vermittlers werde ihm um so näher gerückt, als er durch seinerlei persönliche Rücksichten irgend einer Partei innerer verknüpft sei und lediglich dem Vertrauen des Monarchen, der ihn aus eigenem Antrieb berief, seine Stellung zu danken habe. Herr v. Beust gab wiederholt zu erkennen, daß er kein Anhänger der Eristirungspolitik sei, daß aber, wie die Dinge jetzt stehen, zunächst noch der ungarische Landtag gehört und der Versuch gemacht werden müsse, ob nicht auf dem Wege parlamentarischer Vereinbarung die Grundlage der constitutionellen Neugestaltung sich gewinnen ließe. Denn über die Nothwendigkeit einer solchen könnte kein Zweifel obwalten, ebenso wenig darüber, daß der Verband der einzelnen Reichsbestandtheile ein organischer und nicht bloß ein mechanischer sein müsse. Hervorzuheben ist noch, daß der Minister wiederholt sich auf die Uebereinstimmung berief, welche in dieser Beziehung demalen im Schooß des Cabinets herrsche. Mit großer Lebhaftigkeit wies Hr. v. Beust immer und immer wieder die Infimiation zurück, als brächte er in die auswärtige Politik eine preußisch-feindliche Tendenz mit, vorausgesetzt, daß man in Berlin nicht Alles für preußischfeindlich erkläre, was nicht die pure Förderung preußischer Interessen zum Zwecke habe. Im Ganzen verfehlt das Auktoren des Herrn v. Beust nicht, auf jene Personen, die mit ihm in directe Berührung kommen, einen Hoffnungserregenden Eindruck zu machen.

Vor der nahen Eröffnung des galizischen Landtages gibt die „Gaz. nar.“ den Abgeordneten einige Rathschläge, namentlich, daß sie sich in dieser vorläufiglich kurzen Sessionsdauer nicht in das Fahrwasser der hohen Politik begeben, sondern die innere Organisation des Landes im Auge behalten mögen. Vor allem, sagt das Blatt, ist zu wünschen, daß der Landtag sich in die ungarische Angelegenheit gar nicht vermischt, bevor deren Ausgleich nicht zu Stande-

kommt. Auch über die Regulirung des Verhältnisses Croatiens zur Gesamtheit der ungarischen Krone sei Stillschweigen zu beobachten das Rätlichste, obgleich es wünschenswerth sei, diese Streitigkeiten beizulegen zu sehen.

Der „Standard“ schreibt: Bekanntlich ist der Oberbefehl über die Militärcontingente des norddeutschen Bundes durch den Vertrag vom 18. September d. J. Preußen übertragen worden. Die preussische Regierung hat soden durch ein Rundschreiben die Bundesregierungen eingeladen, Delegirte nach Berlin zu schicken, um diesen Theil des Vertrages zu realisiren. Dieses Rundschreiben wirft eine neue Frage auf, denn statt die Mittheilung von maticulären Quoten zu fordern, wie sie in dem ehemaligen deutschen Bunde geleistet wurden, verlangt Preußen von seinen Bundesgenossen ein den Bevölkerungen entsprechendes Contingent, was entweder die Eristenz oder die Annahme des preussischen Recrutirungssystems voraussetzen würde.

Das zunächst von der „Wiener Zeitung“ gebrachte und nach Mittheilungen aus zuverlässiger Quelle bereits für grundlos erklärte Gerücht, daß im letzten Conseil der Entwurf der Verfassung des norddeutschen Bundes zur Feststellung und Genehmigung gelangt sei, wird jetzt von anderen Seiten dahin gewendet, daß zwar noch nicht ein bestimmter Entwurf, aber doch die Grundlagen desselben in jenem Conseil unter dem Vorfig des Königs erörtert und zur vorläufigen Beschlußnahme gebracht wäre. Auch diese Angabe ist, wie die „Nat. Ztg.“ schreibt, nicht richtig. Eine Frage ist weiter in dem letzten Conseil, noch in den letzten Beratungen des Staatsministeriums zur Erörterung gekommen. Es dürfte wohl die Absicht der Regierung sein, die Entscheidung darüber bis zur Rückkehr des Herrn Ministerpräsidenten auszuweisen, welche erst gegen Ende dieses Monats zu erwarten ist.

Eine Ritterschafts-Versammlung in Hannover gab bekanntlich dieser Tage die Erklärung ab, daß zur Einführung von Aenderungen in den Institutionen des Landes nicht bloß etwa der Beirath einer Notablen-Versammlung, sondern die Mitwirkung der Stände-Versammlung und der Provinziallandschaften in Anspruch zu nehmen sei. — Darauf erwidert nun das Bismarcksche Leiborgan, die „N. A. Z.“ in hochschallendem Ton: es stehe „selbstverständlich“ der preussischen Regierung frei, die Vertrauensmänner, deren Gutachten sie zu vernehmen wünscht, aus denjenigen Kreisen zu wählen, die sie für die geeignetsten hält; von einem „Rechtsanspruch“ der Provinziallandschaften auf besondere Berücksichtigung in diesen das „gesammte“ Königreich Hannover umfassenden Anordnungen könne keine Rede sein; und was die „allgemeine Stände-Versammlung“ betrifft, so bestche eine solche „nach der Einverleibung wohl nicht mehr zu Recht“ und könne also als ein „berechtigtes Organ“ zur Vertretung des „ehemaligen Königreichs“ nicht angesehen werden.

In Hannover mehrten sich die Proteste gegen die Marine, daß das Land sein Verfassungsrecht verloren habe. Bemerkenswerth ist es, daß sich diese Stimmen namentlich in jenen Landestheilen hören lassen, die bisher am meisten preußenfreundlich gesinnt waren. Kläglich ist dabei die Rolle der Nationalvereinsführer, welche nun mit Schrecken gewahr werden, wie ihr Treiben beigetragen hat, einen Zustand herbeizuführen, der ihnen in gewisser Beziehung am allerwenigsten genehm ist. Die Herren v. Bennigsen und Miquel in Hannover, wie die Herren Braun und Lang in Nassau, und Detler und Nebelthau in Kurhessen müssen nun auf jede Tribune verzichten, während sie doch nichts Anderes erstrebt hatten, als die Rednerbühne ihrer engeren Heimat mit der eines großen Staates zu vertauschen. Sie, die früher bei jeder zweifelhaften Auslegung eines einzelnen Verfassungsparagraphen durch ihre eigene Regierung Zeter geschrien, sie müssen nun schweigen bei dem völligen Hinwegrocroyiren ihrer ganzen Verfassung durch eine „fremde“ Macht. Es ist der kleinere Theil von ihnen, der auch nur den Muth zu einer — vorerst freilich nutzlosen — Protestation besitzt!

Das Frankfurter Amtsblatt bringt eine Bekanntmachung, durch welche das Militär-Aushebungsgeschäft für Frankfurt und dessen Gebiet, hinsichtlich der im Jahre 1845 Geborenen, auf den 6. und 7. December d. J. festgelegt wird.

Zur Geschichte des neuerdings eingeführten Kirchengebets schreibt man aus Frankfurt, daß in der Synagoge alten Styls das Gebet in hebräischer Sprache geleistet worden ist; doch soll es nur von dem König gehandelt haben. Hierauf sei von Berlin ein hebräisches Gebet eingetroffen, welches die

nöthigen Ergänzungen enthalten habe. Um nun festzustellen, ob das officiell ins Hebräische überlegte Gebet auch wirklich in authentischer Fassung zur Verlesung komme, habe man einen des Hebräischen kundigen Israeliten anstellen wollen, welcher das Gebet mündlich habe nachschreiben sollen — aber in solcher fand sich nicht, da alle darum angegangenen Israeliten kurzweg erklärten: am Sabbath dürften sie nach den Satzungen Moses nicht schreiben.

Wie die „B. B.-Z.“ hört, hat König Georg von Hannover „auch gegenüber dem in der Angelegenheit der Entbindung des Militärs vom Fahnen-Eide zu ihm gereisten General-Adjutanten Dammers seine Weigerung aufrecht erhalten.“ — Als Folge davon ist wohl die im gestrigen Blatte telegraphisch gemeldete Kundgebung der „Preussischen Provinzial-Correspondenz“ anzusehen.

Wie die „Fr. Corr.“ vernommen haben will, hat das Berliner Cabinet auf die Proposition Oesterreichs wegen Revision des Handelsvertrages zwischen Oesterreich und dem Zollverein in Unterhandlung zu treten, bereits zusageant geantwortet. Auch mit der Florentiner Regierung hat sich das Wiener Cabinet bereits wegen analoger Unterhandlungen in Verbindung gesetzt.

Ueber den Gesundheitszustand der Kaiserin Charlotte von Mexico erzählt die „Fr. Ztg.“: Die Wahnvorstellungen Ihrer Majestät der Kaiserin Charlotte von Mexico sind in der letzten Woche wieder häufiger hervorgetreten und haben sich mit anderen, früher minder entschiedenen, combinirt, so daß dadurch der Zustand der hohen Patientin eine Verschlimmerung erfahren hat. Der Verlauf der Krankheit, besonders in Bezug auf die Zeit, welche derselbe in Anspruch nehmen kann, muß daher als ein möglicher Weise weniger günstiger bezeichnet werden. Das körperliche Befinden hat jedoch keinerlei Störung erlitten. Leider stimmen diese Berichte nicht mit den gestern aus Wien mitgetheilten.

Nach dem Pariser d.F.-Correspondenten der „N. Fr. Ztg.“ ist von einer großen Staatsanleihe in allem Ernst die Rede. Der bekannte Brief des Herrn v. Persigny in der „France“ sollte in der That dazu dienen, das Publicum mittelbar vorzubereiten und es einzuladen, seine Fonds bereit zu halten. Der ausschließliche Zweck der Anleihe sei die Betreibung der öffentlichen, insbesondere die Hafenarbeiten in Havre, Cherbourg und Toulon, der Eisenbahnbauten etc. Man geht sogar so weit, mich zu versichern, daß der betreffende Gesetzentwurf dem „gesetzgebenden Körper im Anfange der nächsten Session (die, beiläufig bemerkt, Ende Jänner beginnen soll) vorgelegt werden würde.

Ende dieser Woche wird Victor Emanuel nach Florenz zurückkehren, um dort den General Fleury zu empfangen. Der Minister-Präsident Baron Ricasoli ist bereits wieder in Florenz; die Angelegenheiten Siciliens haben ihn dahin gerufen, denn sie geben der italienischen Regierung viel zu schaffen. Es wurden jetzt endlich die meisten der Personen, deren Namen unter den Acten des revolutionären Comités standen, verhaftet.

Die „Gazetta di Torino“ glaubt versichern zu können, daß der Abmarschbefehl für die französischen Occupationstruppen in Rom bereits an die Commandanten der respectiven Corps abgefaßt ist. Gegen den 25. d. M. würde die gleichzeitige Bewegung der Concentration in der Richtung gegen Civita-Vecchia beginnen. Die Truppen werden theils in der Stadt cafernt, theils in der Nachbarschaft untergebracht werden. Es wird versichert, daß die Räumung in drei Transporten vor sich gehen würde, die den 30. November, den 8. und den 15. December abgehen würden. Auch die „Opin. nat.“ bringt zum Belege, daß es mit dem Abzuge der Franzosen aus Rom ernst wird, die ihr zugegangene Nachricht, daß General Polchs, Placocommandant der französischen Armee in Rom, der römischen Municipalität die officiellen Anzeiger gemacht hat, daß am 4. December die Rückgabe der dem Belagerungscoorps gelieferten beweglichen Gegenstände stattfinden werde.

Ueber die Umstände, welche die gegen Italien gerichtete Allocution des Papstes begleiteten, bringt die „Times“ einige höchst pikante Enthüllungen, die auch heute noch allgemeines Interesse finden dürften: Genach beabsichtigt der Papst vom ganzen katholischen Episkopat gestützt, eine große Demonstration gegen die freibüthlichen Bestrebungen der italienischen Regierung zu bereiten. Die Sendung des Cardinals Neufch nach England und Frankreich stand mit diesen Bestrebungen in Verbindung. Der französische Clerus zeigte aber nicht die erwartete Willfährigkeit und dies machte den Papst stutzig. Indessen kam die Einverleibung Benedicts und mit ihr die überraschende Haltung des venezianischen Clerus, den Patriarchen an der Spitze. Diese Thatsachen brachten unter den Jesuiten eine ererbte Stimmung hervor, weil sie durch die neue Ordnung der Dinge in Venedig bedeutende und reiche Etablissements verloren; sie ruhnten nicht eher, bis sie den Papst zum Erlaßen der Allocution bewogen, trotz der ungewöhnlichen Zeit, zu welcher das Einberufen des Consistoriums stattfand. Indes muß anerkannt werden, daß der Papst den ihm vorgelegten Entwurf der Allocution zu hesigig fand, drei Mal dieselbe ändern ließ und zuletzt mit eigener Hand die milde Stelle anbrachte, welche die Freunde ausdrückt, die er über die Wiederkehr der verlorenen Kinder fühlen würde.

In auswärtigen Blättern finden wir heute mehrere auf die römische Frage Bezug nehmende Mittheilungen: Die „Gazette di Midi“ veröffentlicht mit aller Heftigkeit folgende Nachricht: „Toulon, den 9. November. Das Panzergeschwader soll sich zur Ab-

fahrt für den 28. November bereit halten. Es soll der kaiserlichen Yacht „Migle“ das Geleit geben, an deren Bord die Kaiserin Eugenie nach Rom gehen würde. Nachdem Ihre Majestät zu Civita-Vecchia gelandet wäre, würde das Geschwader vor Gaeta Anker werfen, und daselbst so lange, als Ihre Majestät bei Sr. Heiligkeit verweilen würde, sich aufhalten. Als dann ginge das Geschwader von Gaeta nach Civita-Vecchia zurück, um die Occupationstruppen einzuschiffen und der kaiserlichen Yacht, welche die Kaiserin nach Frankreich zurückführt, das Geleit zu geben. Man schreibt diese unerwartete Reise dem Einflusse zu, welchen die letzte Allocution Sr. Heiligkeit auf den Kaiser hervorgebracht hätte. Ich halte das Gerücht für begründet; so viel wenigstens steht ganz fest, daß das Geschwader am 28. d. M. zur Abfahrt bereit sein muß.“ Das italienische Blatt „Il Paese“ meldet: „Man theilt uns aus guter Quelle eine Nachricht mit, deren Bedeutung Jedermann klar sein wird. Sobald der letzte Franzose Civita-Vecchia verlassen hat, so wird in Rom und in den Provinzen, die noch der päpstlichen weltlichen Macht unterthan sind, die Bevölkerung in der größten Ruhe zu einem Plebis-cit schreiten, um zu erklären, daß die Römer zum Königreich Italien mit dem constitutionellen Scepter des Königs Victor Emanuel II. und seiner Nachkommen gehören wollen.“ Der „Standard“ vernimmt auf telegraphischem Wege aus Malta, daß am 11. v. M. feierliche Gebete in den Kirchen daselbst zur Erlösung der Kirche und des Papstes aus ihrer Trübsal abgehalten wurden. Mittwoch, den 14., allgemeiner Buß- und Fasttag. Die geistlichen Behörden der Insel wären in officieller Weise von der Möglichkeit einer Ankunft des Papstes in Kenntniß gesetzt worden.“ Die Nachricht, daß Gladstone bei seiner letzten Anwesenheit in Rom eine Vermittlung zwischen dem Papste und dem Königreiche Italien angeboten habe, wird von den englischen Blättern auf das Entschiedenste dementirt.

Die „Gazetta di Torino“ will übrigens aus angeblich guter Quelle wissen, daß in dem königlichen Palast auf der spanischen Insel Majorca alle Vorbereitungen getroffen werden, um den Papst aufzunehmen.

Neuesten Nachrichten aus Rom zufolge wird König Franz II. in den ersten Tagen des nächsten Monats die ewige Stadt verlassen und sich nach der Schweiz begeben. Einerseits ist es die späteste für den Monat Jänner gewärtige Entbindung der Gräfin Trani, an deren Seite die Königin, deren Schwester, bei dieser Gelegenheit zu sein wünscht, welche für die baldige Abreise maßgebend ist. Andererseits aber und wohl in noch höherem Grade ist es der Umstand, daß König Franz II. Rom früher verlassen will, ehe in Florenz die Unterhandlungen über die Rückgabe seines Vermögens beginnen, da er es nicht darauf ankommen lassen will, daß ihm dann als Bedingung auferlegt werde, was er jetzt noch freiwillig thun kann.

Spanische Blätter melden, daß Franz II. von Neapel entflohen ist, auch ferner in Rom zu bleiben und daß er die ihm von Italien gestellten Bedingungen, Italien zu verlassen, um in den Niederbess seiner Güter zu gelangen, zurückgewiesen habe.

Die serbische Regierung hat, wie französische Blätter aus Belgrad telegraphirt wird, nach Petersburg und Wien Bevollmächtigte geschickt, um die Unterstützung der betheiligten Regierungen für die Wünsche Serbiens, daß die türkischen Truppen die serbischen Festungen räumen, zu erlangen. Zugleich wird denselben Blättern telegraphisch aus Wien berichtet, daß die österreichische Regierung entschlossen sei, den Wünschen der serbischen Regierung gegenüber eine freundliche Neutralität zu beobachten, und daß der Präsident des serbischen obersten Gerichtshofes in Wien erwartet wird, mit einer Mission betraut.

Nach Berichten aus Newyork vom 2. d. soll Staatssecretär Seward durch den Tod seiner einzigen Tochter — die ihm, bei Paynes Mordversuch, durch ihren Muth das Leben rettete — so sehr erschüttert worden sein, daß er beabsichtigt, sein Amt niederzulegen. Man erwartet in diesem Falle große Veränderungen in Regierungskreisen.

Ueber die Aussehen erregende Sendung des amerikanischen Generals Sherman nach Mexico erzählt man aus New-York, daß die Mission des Generals militärischer und diplomatischer Natur sei. Er ist mit der Vollmacht ausgestattet, erforderlichenfalls Militärmacht zu verwenden. Daraus erhellt die Bedeutung seiner Aufgabe. General Grant, welcher ursprünglich für die Mission bestimmt, war wegen der Reorganisation nicht zu entbehren und so wurde General Sherman gewählt. Die Pariser „France“ macht auf die gewaltige Tragweite dieses Vorganges aufmerksam, indem sie zu verstehen gibt, daß die kaiserlich mexicanische Regierung dem Präsidenten Suarez, der von Amerika anerkannt sei und durch Sherman unterstützt werde, unmöglich widerstehen könne.

Nach dem „Spectator“ wäre der Friede zwischen Brasilien und Paraguay fast gewiß und dürfte auf Grundlage der Vorschläge des Dictators von Paraguay unterzeichnet werden. Das englische Blatt meint, daß aller Vortheil dabei auf der Seite Paraguays sei und dieses durch Abtretung brasilianischer Districte vergrößert werden würde.

Die „Patrie“ erzählt, daß die englisch-französischen Vermittlungsvorschläge in der spanisch-chilenischen Differenz, welche von der spanischen Regierung bereits angenommen worden waren, nun auch eine günstige Aufnahme bei den Regierungen von Chile, Peru, Ecuador und Bolivien gefunden haben.

Krafsau, 17. November.

Verzeichniß der in russischer Gefangenschaft befindlichen österreichischen Unterthanen, welche von der kaiserl. russischen Regierung begnadigt wurden und demnach in ihre Heimath zurückstradirt werden. (Schluß.)

Maluskiewicz Peter aus Ulewice. Molodetski Johann aus Baranow, Malec Gregor aus Serbeze. Magnuszewski Johann aus Krafsau. Michail Peter aus Chrzanow. Milerowicz Edmund aus Tarnow. Mroczkowski Stanislaus aus Wadowice. Mrotyl Carl aus Krafsau. Nowak Franz aus Sasienice. Nowak Jerich aus Waizen in Ungarn. Roset Johann aus Krafsau. Niezabitowski Heinrich aus Piechowicki. Nowotarski Thomas aus Chopyce. Nowakowski Felix aus Zaworono. Nieschowski Albert aus Krafsau. Dnos Joseph aus Jaslowice. Olszewski Johann aus Zwic. Odrochowski Johann aus Rygowa. Ostrowski Joseph aus Zwic. Olszewski Ignaz aus Sotol. Olszewski Franz aus Gorlice. Oetkiewicz Jakob aus Slawina. Olszewski Franz aus Krafsau. Papiez Jakob aus Lymbark. Pegla Lorenz aus Glinianka. Piwowarczyk Andreas aus Krafsau. Piechowicki Felix aus Jarzeje. Partyka Thomas aus Krafsau. Piotrowicz vel Gyz Valentin aus Bochnia. Patkiewicz Lad. Roman aus Pawlosiow. Pietrzyk Joseph aus Tonia. Piotrowski Adalbert aus Koleczka. Podolecti Joseph aus Krafsau. Palester Joseph aus Tarnow. Porasiewicz Felix (Geburtsort unbekannt). Papiński Franz aus Krafsau. Ratuszynski Johann aus Mielec. Romanowski Carl aus Krafsau. Rubinstein Julian aus Carlsburg. Ruskiwicz Ferdinand aus Szary Dunajec. Rosicki Johann aus Krafsau. Rens Carl aus Wisnicz. Ryplak Adalbert aus Zozowa. Rychter Johann aus Witow. Reichert Michael aus Kurzyka. Regulski Ludwig und Ragny Johann aus Krafsau. Radziejewski Franz aus Byczyna. Reich Johann aus Tarnopol. Reichert Stanislaus aus Tarnow. Sosniak Johann aus Rozstanie. Slaba Kasimir, Landmann (Geburtsort unbekannt). Sandak vel Sikolski Johann aus Gliniany. Sadowski Stanislaus aus Tarnow. Sosnowski Joseph aus Zaworono. Sieprawski Joseph aus Cholezyn. Sewerny Lad. aus Zablocie. Strzyński Kaspar aus Jarwina. Sewerny Franz aus Krafsau. Sumara Franz aus Nowawies. Solinski Ladislaus aus Krafsau. Synowicz Stanislaus aus Swigniki. Straub Jakob aus Peltiojan in Ungarn. Staniewicz Andreas aus Krafsau. Stolarek Stephan aus Zbrode. Swieczynski Kasimir aus Diefel. Swinski Johann aus Krafsau. Stachowski Johann aus Krafsau. Gaat Andreas aus Brzozowa. Schabel Johann aus Tarnow. Styrer Joseph aus Baranow. Stoffel Franz aus Brody. Stasirka Johann aus Rajkau. Schwenk Wolf aus Krafsau. Tziferst Eduard aus Sanol. Tancer Joseph aus Mielec. Tomaszewicz Clemens aus Wieliczka. Traczewski Julian aus Lyczak. Tomaszewski Joseph aus Mogielnica. Tomczyk Johann aus Krzeszowice. Torka Adalbert aus Dombrowice. Terlecki Gregor (Geburtsort unbekannt). Tarandel Joseph vel Gergely aus Wierga. Ucho Vincenz aus Raczalowie. Wilusz Romuald (soll aus Jaslo sein). Weimar Philipp (Geburtsort unbekannt). Wlabysa Johann aus Strypow. Wilczynski Ludwig aus Strypow. Wisniewski Joseph und Wozniakowski Carl aus Krafsau. Wiernopolski vel Plochoci Michael, Landmann unbekannter Provenienz. Wilczynski Sebastian aus Kolbuszow. Winogrodzki Przemyslaw aus Lubowce. Wytfierjewski Ignaz aus Krafsau. Wirwiz Franz aus Wisnicz. Wencel Carl und Wiczeryk Gelas aus Krafsau. Wisniewski Johann aus Rakwas. Wierzbicki Anton aus Gorki. Woytaszek Joseph aus Borowice. Witorowski Martin aus Wieliczka. Wajst Joseph aus Storzyna. Wacimowski Felix aus Podamien. Woznicki Julian aus Bukarest. Wolarski Johann aus Bochnia. Wierzbicki Valentin aus Lemberg. Wach Alexander aus Tarnow. Wach Andreas aus Krafsau. Woycik Ludwig aus Mogilany. Wasio Franz, Walezak Stanislaus und Woytowicz Johann aus Krafsau. Warga Carl aus Pest. Wolak Joseph aus Tarnow. Walz Wenzel aus Zbada. Zabla Franz aus Komorowice. Zurawit Johann aus Jelen. Zak Casimir (unbekannter Provenienz). Zajac Jacob aus Bochnia. Zdrozilo Hieronim aus Gbosciew in Schlefien. Zielinski Joseph aus Krafsau. Ziembicki Joseph aus Lemberg. Zajac Vincenz aus Krzeszowice. Zettelbaum Moriz aus Pliworek.

Oesterreichische Nachrichten.

Wien, 16. November.

Der medienburgische Geschäftsträger Baron Gamin, der im Monat Juni Wien verließ, ist auf seinen Posten zurückgekehrt. Während der Unterbrechung seiner diplomatischen Thätigkeit war der russischen Gesandtschaft die Wahrnehmung der Interessen der medienburgischen Staatsangehörigen übergeben.

Das Kriegsministerium hat die gelegentlichen Bestimmungen in Betreff der Militärfreiheit auf getheilte Bauernwirtschaften modificirt: 1. falls ein Erblasser seine Bauernwirtschaft noch bei Lebzeiten in zwei oder mehrere normale Bauernwirtschaften mit behördlicher Genehmigung getheilt hat, könne nur einer seiner Erben die Militärfreiheit ansprechen; 2. eben diese Beschränkung auf einen Erben tritt auch ein, wenn jene Theilung erst von den Erben, sei es testamentarisch oder über das eigene Einverständniß der Erben, vorgenommen wird; 3. im zweifelhaften Falle, welcher von den in einem der hier angeführten Fälle zum Besitze einer normalen Bauernwirtschaft gelangten Erben — die Erfüllung aller übrigen Bedingungen vorausgesetzt — die Militärfreiheit zu erhalten habe, so ist selbe dem Besizer jenes Theiles der Wirtschaft zuzuerkennen, auf welchem der Erblasser seinen ordentlichen Wohnsitz gehabt hat. Diese Bestimmungen haben auch auf die Entlassungen aus dem Heere theilweise Anwendung zu finden.

Dem Grazer „Tel.“ wird gemeldet, daß die Herabsetzung des Inzeraten-Stampels vom Finanzministerium definitiv beschlossen ist. Die Inzeratenstampel-Gebühren werden in Zukunft, wie in Deutschland, England und Frankreich auch bei uns

nicht mehr nach dem Stück, sondern nach dem Raummaß, das dieselben im Journale oder in sonstigen Anklamungsmitteln einnehmen, entrichtet werden.

Der Viceadmiral v. Tegetthoff wird erst am 17. d. von Graz abreisen. Der Admiral geht über England nach den Vereinigten Staaten von Amerika.

Zwei preussische Feldblatone, die Brüder Gledner hatten sich der Mission unterzogen, die Gräber der auf österreichischem Boden bestatteten preussischen Soldaten aufzusuchen und für die Aufstellung passender Denkmäler Sorge zu tragen. Diefelben haben nunmehr den Bericht über ihre Thätigkeit, welche sich auf Böhmen, Mähren, Niederösterreich und Ungarn erstreckte, dem preussischen Cultusministerium eingereicht. Es geht daraus hervor, daß die Mehrzahl der preussischen Soldatengräber auf österreichischem Boden schon mit passenden Denkmälern versehen sind und daß etwa nur eine Summe von 2000 Hältern erforderlich sein würde, um die bis jetzt noch nicht berücksichtigten Grabstätten in gleicher Weise auszugleichen. Beide Berichtstatter versichern, daß ihren Bemühungen von Seiten der österreichischen Behörden und der katholischen Geistlichkeit die freundlichste Unterstützung zu Theil geworden ist.

Deutschland.

Der Kurfürst von Hessen ist nach Paris gereist, aber politische Zwecke dürfte der Emmonarch daselbst nicht verfolgen; er ist vielmehr nur seiner Gemalin dahin gefolgt, welche sich seit einer Woche schon daselbst aufhält, um einen berühmten Zahnarzt zu consultiren.

In Kiel macht folgender Vorfall großes Aufsehen. Der Bureauchef der holfsteinischen Regierung, Heir Appen, ein noch junger Mann von kaum 30 Jahren, machte am 10. d. Abends in gewohnter Weise seinen Spaziergang auf dem Düsterbrookter Wege, kehrte aber ganz durchnäht nach Hause zurück, erkrankte sofort heftig und war am nächsten Morgen eine Leiche. Nach seiner Auslage wäre er von Betrunknen angefallen und ins Wasser geworfen worden, aus welchem er sich aber mit Mühe herausgerettet habe. Die Behörden haben sofort die eifrigsten Nachforschungen eingeleitet, um zu eruiern, ob wirklich ein Verbrechen vorliegt.

In Alschaffenburg trafen — nach der „Alschaffener Zeitung“ — am 11. November noch vier bayerische Unterofficiere aus preussischer Gefangenschaft ein. Ein preussischer Lieutenant hatte bayerische gefangene Soldaten in Köln mit „Muthunden“ betitelt, worauf einer der vier Unterofficiere vortrat, sich den Ausdruck Muthund verbat und liegegen bei General v. Frankenstein, dem Stadtcommandanten von Köln, Klage erhob. Wegen Auflehnung gegen den preussischen Officier wurde der genannte Unterofficier nebst seinen drei Kameraden, welche seine Partei so gleich ergreifen hatten, verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt, das sie jedoch nach vierwöchentlicher Untersuchung freisprach. Trotzdem wurden die vier Unterofficiere noch nicht frei, da das kriegsgerichtliche Erkenntniß in Berlin dahin abgeändert wurde, daß den bayerischen Unterofficieren wegen Subordination gegen einen preussischen Officier eine achtwöchige Gefängnißstrafe zuerkannt wurde. (Nach dem „Frankf. Journ.“ befindet sich ein bayerischer Soldat, dessen Strafe wegen eines ähnlichen Disziplinargeschehens eine noch längere ist, noch in Köln.)

Der Posener Gelehrten-Verein (towarz. przyjaciel nauk), auf dessen Auftrag H. Emil Kierski eine Biographie des verewigten Erzbischofs Przykaski geschrieben, hat beschlossen in der Kirche von Schneidemühl (Pila), wo Staszic geboren, diesem in Wissenschaft und Wohlthätigkeit großen Mann ein Denkmal zu setzen. In seiner naturwissenschaftlichen Section wird von nun ab jedes Mitglied abwechselnd alle zwei Wochen in der Versammlung mündlich oder schriftlich Bericht von dem erstatten, was in der nächsten Zeit neues in der von ihm cultivirten Specialität erschienen.

Ueber die Lebensweise Richard Wagners entnimmt der „Wanderer“ einem Privat Schreiben folgende nicht uninteressante Daten: Wagner bewohnt die Villa Triebchen, eine halbe Stunde von Lugern entfernt, hart am See. Die Aussicht ist von dem Hause eine herrliche, vorn der See, der Nigi sammt der übrigen Gebirgskette, rechts der Pilatus, links die Stadt. Wagner arbeitet den ganzen Tag über in seinem Zimmer und gönnt sich nur Abends einen Spaziergang, auf welchem er gewöhnlich ernst gestimmt ist, während er zu Tische sehr gesprächig, stets zu Scherzen aufgeleitet und des Humors voll ist. An Sonn- und Feiertagen ist gemeinschaftliche Tafel, an der die Familie Bülow (Frau und Kinder) und der Secretär Theil nehmen. An Wochentagen speist Wagner für sich gewöhnlich um 4 Uhr. Von den Excentricitäten, die ihm Freunde und Feinde nachzählen, ist fast Alles erfunden, er läßt sich nichts abgehen — wie euphemistisch der Briefschreiber meint — aber von den berühmten 74 Schlaftröcken fehlen 73. Wagners „Meistersinger“ werden soeben in's Reine gestellt und werden hoffentlich bald zum Singen kommen. Die Partitur ist ein Muster von Instrumentation. Da die Handlung der Oper eine mehr komische, so sind auch die Effecte, welche Wagner mit den Instrumenten erzielt, ganz neu, besonders für jene, die Wagners Instrumentation nur in dessen heroischen Opern zu beobachten Gelegenheit hatten.

Nach der „R. Z.“ dürfte die directe Eisenbahnverbindung zwischen Hamburg und Paris mit dem Kreuzpunkt in Donaubrück nunmehr in der Hauptsache als gesichert betrachtet werden.

Frankreich.

Paris, 13. Nov. Dem „Pays“ zufolge werden die Eingeladenen der ersten Serie morgen Abend in Compagnie eintreffen, wo der Namenstag der Kaiserin Tags darauf in der Intimität gefeiert werden soll. Unter den Eingeladenen dieser Serie befinden sich die Mitglieder der Militär-Reorganisationscommission, welche somit dort ihre Arbeiten fortsetzen können. — Nach einer von dem „Doulonnais“ veröffentlichten Correspondenz wären 260 Soldaten und Un-

beim Landes - Commandirenden, General der Caval-
lerie Fürst Liechtenstein, bei. Abends erfolgt die
Rückreise nach Wien.

Nach einem Prager Telegramm der „Presse“ sollen Karlsbad und Tepliz Wintergarnisonen erhalten wegen der Nähe der sächsischen Gränze.

Bei der Landtagswahl für Kalsbad wurde Dr. Huber gewählt. Die Joachimsthaler Wähler waren nicht zur Wahl erschienen.

Die Untersuchung wider den H.M. v. Scudier, von welcher mehrere Blätter zu berichten wußten, ist, wie man der „Bohemia“ aus Wien schreibt, bereits zu Ende geführt, und zwar sollen beide Ober-Instanzen auf vollkommene Schuldlosigkeit erkannt haben.

Aus Berlin wird berichtet, daß das Gerücht von einer bevorstehenden Zugammentkunft des Königs Wilhelm mit dem Kaiser der Franzosen sich nicht bestätigt. Auch über den Besuch des Königs von Sachsen am Berliner Hofe erfährt man, obgleich sich die Nachricht davon erhält, nichts Näheres. Das Thatsächliche der Nachricht beschränkt sich wohl darauf, daß aus Dresden die Absicht eines Besuches in Berlin kundgegeben worden war.

Die „Bayer. Ztg.“ berichtet das Gerücht von einem völligen Stillstande der Justiz in den von Seite Baierns abgetretenen Gebietstheilen dahin, daß alle bayerischen Justizbehörden ihre Functionen bisher nicht eingestellt haben.

Telegraphische Depeschen.
Reichenberg, 15. Nov. („Bohemia.“) Heute wurde von der Handelskammer Johann Liebig jun. einstimmig zum Landtagsabgeordneten gewählt.

Berlin, 15. November. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt gegenüber einer Mittheilung der „Spener'sche Zeitung“: Die Amnestie be-

züglich der ungarischen Legionäre ist vollständig ausführlich; wegen Verlegung derselben ist amtlich hier keine Beschränkung bekannt geworden. Selbstverständlich bezog sich die Amnestie nicht auf die Befreiung von dem noch geschuldeten Militärdienste. Die österreichische Regierung beobachtet die Rücksicht, die ungarischen Legionäre den ungarischen Reimementen einzuverleiben.

Karlsruhe, 15. November. Der „Karlsruher Zeitung“ zufolge starb in der letzten Nacht Dom Miguel, Herzog von Braganza, zu Bronnabach bei Wertheim plötzlich am Schlagflusse.

Dresden, 15. Nov. (12 Uhr Nachts.) Heute wurde der Landtag eröffnet. In der Thronrede betont der König, daß die Ehre Sachsens allenthalben ungeschmälert sei, belobt die Tapferkeit des Heeres und

die unerschütterliche Treue des sächsischen Volkes, versichert, dem Nordbunde unter Preußens Leitung und allen eingegangenen Verpflichtungen die gleiche Treue wie dem alten Bunde zu bewahren. Es sei die ge-

meinsame Aufgabe, den neuen Verhältnissen muthig, offen und redlich entgegenzutreten und für eine günstige Gestaltung derselben Opfer nicht zu scheuen.

Die Thronrede sagt ein neues Gesetz über die Militärpflicht, anpassend an die bewährten Einrichtungen Preußens, die Vorlage des Friedensvertrages, das Wahlgesetz für das norddeutsche Parlament und ein Gesetz betreffend die Einführung von Geschwornengerichten zu, kündigt die Umänderung der Verfassungsurkunde und des Wahlgesetzes an, sobald die Organisation des norddeutschen Bundes vorliegen werde.

Das „Dresdner Journal“ schreibt: Der sächsische Gesandte am Londoner Hofe hat einen längeren Urlaub erhalten. Dem Friedensvertrage gemäß wurden die Gesandte der sächsischen Gesandtschaft unterdessen dem preussischen Botschafter übertrassen.

Brüssel, 15. November. Der „Moniteur Belge“ meldet: Der König hat die Demission des Kriegsministers Chazal angenommen, denselben zum Staatsminister ernannt und den Minister des Innern interimistisch mit der Leitung des Kriegsministeriums beauftragt.

Saag, 15. November. Die beendete Ballotage ergab 37 liberale, 29 conservatieve Wahlen; 8 Wahlen blieben unentschieden.

Die Nordamerikaner verhafteten den General

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten
vom 16. auf den 17. November.
Angekommen sind die Herren: Graf Wodjicki Ludwig, Hoo

Abgereist sind die Herren: Dobryński Władysław und Go-
rajewski Kasimir nach Galizien.

Abgang und Anfuhr der Eisenbahnzüge
nach der jetzt wieder gültigen Fahrordnung vom 10. Sept. 1865

von **Kraßau** nach **Wien** 7 u. 10 M. Feix, 3 u. 30 M. Nachm.; —
nach **Breslau**, nach **Öhran** und über **Oderberg** nach
Preußen und nach **Warschau** 8 Uhr Vormittags; — nach
Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm. 8 Uhr 30 Minute

Abends; — nach Wieliczka 11 Uhr Vormittags.
von **Wien** nach Krakau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Mi-
nuten Abends.

von Lützen nach Kraslau 11 Uhr Vormittags,
von Lemberg nach Kraslau 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr
10 Min. Morgens.

von Krakau von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min.
Abends; — von Breslau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 21
Min. Abends; — von Warschau 9 Uhr 45 Min. Früh; —
von Ofen über Oberberg und Preußen 5 Uhr 21 Min.

Abende; — von Pemberg 6 Uhr 11 Min. Früh, 2 Uhr
51 Min. Nachm. — von Meliczfa 6 Uhr 15 Min. Abende. —
in Pemberg von Krafau 8 Uhr 29 Min. Früh, 8 Uhr 36 Min.

R. f. Theater in Krakau: Heute auf Verlangen „Barbara Radziwiłłówna“, Trauerspiel von Feliksi. Morgen „Leidte Kanallerie“. Operette von Suppé; vorher „Des Herrn

Magisters Perücke," Lustspiel von Görner.

Dreizehnte Verlosung

der Serien und Gewinn-Nummern der Schuldverschreibungen des Anlehens vom Jahre 1860 pr 200,000,000 Gulden, welche am 1. August und 2. November 1866 Statt gefunden hat.

Verzeichniss

der verlosenen 55 Serien und der in denselben enthaltenen Gewinn-Nummern der Schuldverschreibungen, auf welche ein Gewinn-Betrag von mehr als 600 Gulden entfällt.

Nummern der verlosenen Serien:

43 160 315 552 957 1385 1501 1656 1927 2089 2492 3521 3678 3780 4167 4254 4579 4772 4928 4930 5490 5785 6235 7344 7462 7694 7819 8056 8314 9401 9842 9847 10328 10706 11557 12125 12598 12934 13292 14168 14822 14870 15475 16024 17132 17945 18215 18259 18986 19098 19594 19620 19634 19662 19727

Von diesen verlosenen Serien entfällt auf die in der:

Serial-Nummer	enthaltenes Schuldverschreibungs-Nr.	ein Gewinn von Gulden	Serial-Nummer	enthaltenes Schuldverschreibungs-Nr.	ein Gewinn von Gulden	Serial-Nummer	enthaltenes Schuldverschreibungs-Nr.	ein Gewinn von Gulden
43	6	3000	4930	15	10000	13292	3	1000
552	8	1000	5490	10	1000	14168	8	50000
1501	12	1000	5785	18	1000	14870	11	300000
1656	7	5000	6235	14	5000	15475	19	25000
2492	6	5000	7462	15	1000	15475	1	1000
	7	1000	7694	12	1000		4	5000
	14	1000		19	5000	16024	11	1000
	15	1000				17132	10	1000
3521	2	1000	7819	3	5000			
	16	1000		16	1000	17945	1	1000
3780	1	1000	10328	2	5000		4	1000
	17	5000	10706	5	5000	18215	11	1000
4167	1	1000		16	1000	19098	7	1000
	5	1000		18	1000	19594	12	5000
4254	11	5000	11557	13	10000	19620	18	5000
	13	1000		18	1000	19662	7	1000
4772	9	1000	12125	1	1000		18	5000
			12598	6	5000			

Auf alle oben nicht angeführten Gewinn-Nummern der Schuldverschreibungen, welche in den verlosenen Serien enthalten sind, entfällt der geringste Gewinnst von 600 Gulden. Die Rückzahlung des Capitals und Gewinnes erfolgt am 1. Februar 1867.

Verzeichniss

jener verlosenen Serien des Lotto-Anlehens vom Jahre 1860, aus welchen Obligationen bis Ende September 1866 zur Einlösung noch nicht beigebracht worden sind.

1. Verlosung Ser.-Nr. 1129. — 2. Verlosung Ser.-Nr. 1068 4454 5386 8428. — 3. Verlosung Ser.-Nr. 64 1430 1869 3572 3828 5430. — 4. Verlosung Ser.-Nr. 2580 2824 5901 14100. — 5. Verlosung Ser.-Nr. 1084 2166 2802 3273 3280 3838 5192 15094 18674. — 6. Verlosung Ser.-Nr. 490 515 1109 1340 2896 3547 3740 5057 5681 6356 7655 8412 9560 9628 10864 10865 11472 17104 18384. — 7. Verlosung Ser.-Nr. 3100 5608 6031 7029 9551 11017 12213 13132 16257 16854 17253. — 8. Verlosung Ser.-Nr. 1435 1973 2687 2952 3959 4510 5489 6704 7284 7475 9332 11276 11770 12139 12336 13311 14446 15211 16444 16839 18624. — 9. Verlosung Ser.-Nr. 548 549 1042 1452 1821 2110 2155 2630 3000 3324 4275 5040 6937 7836 8036 8319 9958 10369 11012 13421 13736 15715 16708 18222. — 10. Verlosung Ser.-Nr. 252 578 696 808 1214 2816 3011 5253 5676 6269 6330 7273 10030 10319 11068 11354 12200 13234 14625 14719 14787 15776 16142 17899 18978. — 11. Verlosung Ser.-Nr. 244 1724 2300 2374 2523 2945 3936 4548 5975 6643 6748 6998 7640 8270 9831 10206 10251 11044 11132 11490 11789 11940 12229 12513 12582 12975 13351 14902 15728 16534 16724 16805 17076 17936 18064 18700. — 12. Verlosung Ser.-Nr. 87 286 456 1266 1512 1991 2391 2717 3327 3360 3624 3632 3988 4830 4980 5374 5786 7386 7626 7756 7872 9357 9588 10283 10770 11499 11634 12007 12298 12525 13056 13243 13310 13750 13766 13999 14112 14172 17495 18031 18194 18971.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Kraufau, 7. October 1866.

(1167. 2-3)

L. 5033. Obwieschenie (1155. 2-3)

C. k. Sąd obwodowy w Nowym Sączu dozwala i rozpisuje w sprawie wekslowej Franciszki Koszyk przeciw Janowi i Agnieszce Wilczyńskim na zaspokojenie wierzytelności 50 złr. w. a. z procentami 6% od 24 maja 1863 i kosztami 6 złr. 6 kr. a. w. 5 złr. 4 kr. a. w. i 7 złr. 60 kr. a. w., tudzież z kosztami, które się obecnie w kwocie 5 złr. 80 kr. a. w. zaprzynają w sposób dla mobilów przepisany sprzedaż przymusowa realności Jana Wilka czyli Wilczyńskiego własnej, w Nowym Sączu na przedmieściu Grodzkim z gruntu i budynku się składającej, dotąd liczbą spisu domów niezaopatrzonych, a znajdujących się obok drogi wiodącej ku Nawojowej, od s. p. Barbary Klimontowskiej nabytej, w protokole z dnia 5 kwietnia 1865 opisanej i ocenionej, przez publiczną po bezskutecznym upływie dwóch pierwszych terminów, teraz w jednym terminie w c. k. Sądzie obwodowym w Nowym Sączu w sali audyencyjnej odbędzie się mająca licytację, a to dnia 13 grudnia 1866 o godz. 10 zrana z tém dołożeniem, że realność ta na tym terminie także poniżej ceny szacunkowej sprzedana być może, a to pod następującymi warunkami:

I. Licytacja rozpoczeta zostanie ceną szacunkową 858 złr. 75 kr. a. w., a gdyby tej nikt nie ofiarował, rozpocznie się licytacja wywołaniem ceny niższej.

II. Każdy chęć kupienia mający winien jest 10 części ceny wywołania w Sumie 86 złr. a. w. w gotowiznie do rąk komisji licytacyjnej jako zakład złożyć, który zakład najwięcej ofiarującemu w cenę kupna wliczonym, innym zaś licytującym zaraz po licytacji zwróconym będzie.

III. Najwięcej ofiarujący obowiązany będzie całą cenę kupna w przeciągu dni 30 od dnia dożyczenia temuz uchwały sądowej akt licytacji do podania de praes. 6 października 1866 do l. 11657 o zapłacenie sumy 200 złr. w. a. z przyn.

cy do wiadomości Sądu przyjmującej licząc, do c. k. Sądu złożyć.

IV. Jak tylko całą cenę kupna najwięcej ofiarujący wypłaci, kupiona realność natychmiast na koszt jego w fizyczne posiadanie oddaną mu będzie.

V. Gdyby najwięcej ofiarujący całkowitą cenę kupna w przeciągu dni 30 nie złożył, w takim razie sprzedana realność na koszt i niebezpieczeństwo najwięcej ofiarującego na re- licytację wystawioną będzie, i nie tylko że wadyum złożone na rzecz dawniejszego właściciela lub wierzycieli przypadnie, ale naj- więcej ofiarujący za wszelką szkodę wynikłą odpowiedzialnym będzie.

VI. Od dnia objęcia realności w posiadanie fizyczne obowiązany będzie najwięcej ofiarujący wszelkie podatki i ciężary z własnych fundusów opłacać.

VII. Należytość za przeniesienie własności naj- więcej ofiarujący z własnych fundusów opłaci.

O tém zawiadamia się strony, a to Franciszkę Koszyk, Jana Wilczyńskiego, Agnieszke Wilczyńską, dalej wierzycieli Mendla Ehrlicha, Jana Jenknera, Leibe Peterefrunda, c. k. Prokuratorę finans. zastępującą skarb państwa, Magistrat Nowo-Sądecki.

Zarazem ogłasza się tę licytację w miejscu za- wieszonym obwieszczeniem w sposób zwykły, tudzież przez c. k. Sąd powiatowy w obrębie tego c. k. Sądu obwodowego się znajdujące.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego. Nowy Sącz, 22 sierpnia 1866.

L. 18559. Edykt. (1154. 2-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniej- szym edyktem p. Władysława Lewickiego, że przeciw niemu tutejszy adwokat p. Dr. Stanisław Biesiadecki wniósł pozew wekslowy de praes. 17 czerwca 1866 do l. 11657 o zapłacenie sumy 200 złr. w. a. z przyn.

i podanie de praes. 6 października 1866 do l. 18559 o zainstalowanie lub przynajmniej zaprenotowanie tego obowiązku jego do zapłaty sumy 200 złr. w stanie biernym realności w Krakowie sub nr. 77 n. 81 st. położonej na rzecz proszącego i że w załatwieniu po- zwu wekslowego na dniu 18 czerwca 1866 do l. 11657 nakaz zapłaty przeciw niemu wydany, a w załatwieniu podania de praes. 6 października 1866 l. 18559, je- dynie prenotacja tej sumy wekslowej na realności pod nr. 77 n. 81 st. w Krakowie położonej dozwolona zo- stała.

Gdy miejsce pobytu pozwanego p. Władysława Le- wieckiego nie jest wiadomem, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego Władysława Lewie- ckiego, jak równie na koszt i niebezpieczeństwo jego tutejszego adw. p. Dra. Kańskiego z substytucją p. adw. Dra. Witskiego kuratorem nieobecnego ustano- wił, z którym spór wytoczony według ustawy o postę- powaniu wekslowem przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu, aby w wyz. oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego za- stępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém c. k. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środ- ków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wy- nikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał. Kraków, dnia 15 października 1866.

L. 18400. Edykt. (1142. 2-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniej- szym edyktem p. Katarzynę Baranowską z miejsca po- bytu niewiadomą, że przeciw niej Dr. Witski jako ku- rator masy krydalczej Antoniny Knoll w dniu 9 wrze- śnia 1866 do l. 17433 wniósł pozew o zapłacenie sumy 800 złr. w. a. z procentem po 6% od dnia 16 listopada 1863 na podstawie weksłu dtdo. 15 maja 1863 wystawionego, a w dniu 15 listopada 1863 płatnego i że w załatwieniu rzeczzonego pozwu pod dniem 11 września 1866 l. 17433 wydano żądany nakaz zapłaty.

Gdy miejsce pobytu pozwaney nie jest wiadomem, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwa- nej, jak równie na koszt i niebezpieczeństwo onej tu- tejszego adw. p. Dra. Zuckra kuratorem nieobecnęj ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy po- stępowania sądowego w Galicyi obowiązującego prze- prowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanę, aby w wyz. oznaczonym czasie albo sama stanęła, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niej za- stępcy udzieliła, lub wreszcie innego obrońcę sobie wy- brała i o tém c. k. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków pr- wnych użyła, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z za- niedbania skutki sama sobie przypisaćby musiała. Kraków, dnia 29 października 1866.

L. 18947. Edykt. (1149. 2-3)

C. k. Sąd krajowy w Krakowie wyznacza do przedsięwzięcia dozwolonej rezolucyą c. k. Sądu krajowego Wiedeńskiego z dnia 21 września 1866 l. 57005 w celu za pokojenia resztującej wierzytel- ności c. k. uprzyw. banku narodowego w kwocie 11351 złr. 10 kr. z przyn. sprzedażę egzekucyjną dóbr Kobierzyń, w Wadowickim obwodzie położ- nych, p. Konstantego Lipowskiego własnych, ter- miny na dzień 6 grudnia 1866 i 10 stycznia 1867 o godzinie 9 przed południem, na które się chęć kupna mających z tém dołożeniem wzywa, iż dobra te niżej ceny wywołania 35700 złr. w. a. nie zostaną sprzedanymi, iż wadyum 3570 złr. wy- noszące winno być w gotówce, w obligacjach pu- blicznych lub listach zastawnych według ostatniego kursu na giełdzie Wiedeńskiej złożone, jakoteż iż wyciąg tabularny i warunki licytacyjne mogą być w Sądzie tutejszym przejrane.

W razie, gdyby na obu powyższych terminach dobra rzeczzone za cenę wywołania, albo powyżej takowej sprzedanymi nie zostały, wyznacza się równocześnie w myśl § 148 post. sąd. do ułożenia lżejszych warunków termin na dzień 11 stycznia 1867 o godz. 9 przed południem.

O czem się zawiadamia wierzycieli z miejsca pobytu wiadomych do rąk własnych, zaś Adama Gabrysiewicza i wierzycieli, którzy sobie do zain- tabulowanej sub n. 32 on. reszty ceny kupna praw- roszczą, jakoteż tych, którzy po dniu 20 wrze- śnia 1865 zainstalowani zostali, lub którym ni- niejsza rezolucyą z jakiegokolwiek przyczyny dore- czoną być nie mogła, do rąk adw. Dra. Zuckra, którego się dla tychże kuratorem z substytucją Dra. Rosenblatta mianuje.

Kraków, 22 października 1866

L. 5750. Edykt. (1168. 2-3)

C. k. Sąd obwodowy w Rzeszowie niniejszym wia- domo czyni, iż p. Tytus Jaruntowski i Samuel Mar- gosches, sukcesorowie a odnośnie cesyonaryuszy s. p. Adama Rościszewskiego w sporze tegóż przeciw suk- cesorom Benedykta Grabińskiego, jako: Urszuli Gro- cholskiej i Rafała Grocholskiego względem złożenia rachunków z administracji 10/32 części dóbr Sokołowa, jeszcze w byłym Sądzie szlacheckim w Tarnowie wyto- czonym, zaskarżyli kontumacyę pozwanym w wniesie- niu zarzutów rachunkowych.

Ponieważ miejsce pobytu Urszuli Grocholskiej i Rafała Grocholskiego nie jest wiadome, więc do zastę- powania ich w dalszém postępowaniu tego obecnie przed c. k. tutejszym Sądem toczącego się sporu usta- nawia się kuratorem w osobie p. adwokata Rybickiego z substytucją p. adwokata Reinera i o tém zawiadamia się ich niniejszym edyktem, z zawiadaniem, ażeby ustanowionemu kuratorowi do ich obrony służące do- kumenta wczas wręczyli, lub ażeby sobie innego obrońcę ustanowili, inaczej zle skutki własnemu przewinieniu przypisać będą winni.

Rzeszów, dnia 26 października 1866.

3. 14924. Edykt. (1171. 1-3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte wird mittelst ge- genwärtigen Edictes bekannt gemacht, es werde über An- trag des Exccutionführers Dr. Adam Morawski zur Hereinbringung der mit rechtskräftiger Zahlungsauftrag vom 6. August 1863 3. 12016 erfolgten Beschluforderung von 5400 fl. 5. W. sammt 6% Zinsen vom 30. Juni 1863 und der bereits zuerkannten Gerichts- und Exccutionskosten pr. 4 fl. 37 kr., 39 fl. 98 kr., 58 fl. 63 kr., 127 fl. 25 kr., 32 fl. 53 kr., 26 fl. 60 kr. 5. W., sowie auch der mit dem vorliegenden Beschluf im Betrage von 13 fl. 21 kr. zuerkannten Exccutionskosten nach fruchtlos ver- strichenen, auf den 28. August 1866 anberaumt gewese- nen Feilbietungstermine ein neuer Feilbietungstermin auf den 13. Februar 1867 10 Uhr Vormittags anberaumt, bei welchem die Feilbietung der dem Schuldner Felix de Morsko Morski gehörigen 2/3 Theile der Güter Brze- ziny średnie v. podkościelne, niżne v. dolne, Górny dwór Tarnower Kreises, unter den mit h. g. Beschluf vom 8. Mai 1865 3. 5866 festgestellten erleichternden Bedingungen mit nachstehender Aenderung der letzteren vorgenommen werden wird:

1. Als Badium wird der Betrag von 3000 fl. 5. W. bestimmt, den jeder Kauflustige vor der Feilbietung zu erlegen hat.
2. Die Güter werden bei diesem Termine auch unter dem Schätzungswerte, jedoch nicht unter dem Be- trage von 11000 fl. österr. W. an Mann gebracht werden.

Die Feilbietungsbedingungen, die nicht im Edicte enthal- ten sind, können sammt dem Tabularextracte und dem Schätzungsacte bis zum Feilbietungstermine in der h. g. Registratur, während dem Termine aber bei der Feil- bietungscommission eingesehen werden.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes. Tarnow, am 3. September 1866.

N. 19366. Edykt. (1152. 1-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Tadeusza hr. Morstina, że przeciw niemu Juda Judkiewicz wniósł pozew o zapłacenie sumy wekslowej w kwocie 5000 złr. z przyn.

Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadome, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwa- nego, jak równie na koszt i niebezpieczeństwo jego tutejszego adw. Dra. Altha kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego przeprowadzonym będzie.

Kraków, dnia 22 października 1866.

Getreide-Preise

auf dem letzten öffentlichen Wochenmarkte in Kraufau, in zwei Gattungen classificirt.

Aufführung der Producte	I. Gattung		II. Gattung	
	von	bis	von	bis
	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.	fl. fr.
Der Mehen Winter-Weizen	5 33	5 63	5 —	5 25
" Saat-Weizen	—	5 50	—	5 —
" Roggen	3 87	4 12	3 50	3 75
" Gerste	3 —	3 12	2 80	2 87
" Hafer	1 62	1 75	—	1 50
" Erbsen	4 25	4 50	3 90	4 —
" Hirsegrünze	6 —	6 12	5 50	5 75
" Erbsen	6 50	6 75	5 50	6 25
" Buchweizen	2 62	2 75	—	2 50
" Winterarr	—	—	—	—
" Hirse	—	2 75	—	2 50
" Erbsen	—	—	—	—
" Erbsen	—	1 15	—	1 12
Zentn. Heu (Wien. Gew.)	—	1 75	—	1 50
" Erbsen	—	85	—	75
1 Pfund fettes Rindfleisch	16 —	18 —	14 —	15 —
" mageres	15 —	16 —	—	14 —
1 Pfund Lammfleisch	23 —	30 —	—	25 —
Spiritus Garniec mit Be- zahlung	—	2 50	—	—
ditto. abgezogener Brantw.	—	2 —	—	—
Garnet Butter (reine)	—	3 —	—	2 75
1 Pfund Schweinefleisch	—	—	—	—
" Kalbfleisch	—	—	—	—
" Salz	—	9 —	—	—
" Speck	38 —	40 —	—	35 —
Hühner-Gier 1 Schock	—	1 12	—	1 —
Gerstengröße 1/2 Mehen	53 —	60 —	—	50 —
Gerstengröße ditto.	—	1 35	1 25	1 30
Weizen ditto.	—	1 25	—	1 20
Berl. ditto.	—	1 20	1 —	1 15
Buchweizen ditto.	—	1 —	—	1 —
Geriebene ditto.	—	80 —	—	75 —
Graupe ditto.	—	77 —	—	75 —
Hirsegrünze, ditto.	—	75 —	80 —	70 —
Mehl aus feim. Zentner	12 50	12 —	11 30	10 30
1 Str. Seinföhlen	—	44 —	—	—
1 Klasten hartes Holz	10 —	12 —	—	—
" weiches	8 50	10 —	—	—

Vom Magistrat der Hauptstadt Kraufau am 13. Nov. 1866. Deleg. Bürger Magistrats-Rath Markt-Kommissar Ziebowski. Wislocki. Jezierski.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom. Höhe auf n. Paris. Linie n. Raum red.	nach Temperatur	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Änderung der Wärme im Laufe des Tages von bis
16	2	323.16	+ 5.2	79	Süd-West	schwach	trüb	
10	25	08	5.3	63	"	"	"	
17	6	21 51	5.4	89	Süd	schwach	"	-2° + 5°4